

PRESSEMITTEILUNG DER SENIOREN-UNION DER CDU

Senioren-Union der CDU Deutschlands: Ärztliche Verantwortung darf nicht durch Altersgrenzen ersetzt werden

Mit großem Befremden und deutlicher Ablehnung reagiert die Senioren-Union der CDU Deutschlands auf die jüngsten Äußerungen des CDU-Bundestagsabgeordneten und Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Hendrik Streeck, wonach besonders alte Menschen nicht mehr in jedem Fall Anspruch auf teure Medikamente haben sollten.

Für die Senioren-Union steht fest: Das Alter eines Menschen darf niemals ein Kriterium dafür sein, ob eine medizinische Behandlung oder ein Medikament verordnet wird. Maßgeblich kann und darf allein die ärztliche Entscheidung im Einzelfall sein – unter Berücksichtigung des individuellen Krankheitsverlaufs, der Erfolgsaussichten und des ausdrücklichen Willens der Patientin oder des Patienten.

„Wir dürfen in Deutschland niemals dahin kommen, dass über den Wert eines Lebens nach seinem wirtschaftlichen Nutzen entschieden wird“, betont Hubert Hüppe, Bundesvorsitzender der Senioren-Union. „Ob jemand 40 oder 100 Jahre alt ist, spielt dabei keine Rolle – jeder Mensch hat denselben Anspruch auf eine bestmögliche medizinische Versorgung.“

Wenn eine unnötige oder gar schädliche Medikation vorgenommen wird, ist das der Fehler des behandelnden Arztes. Der Patient kann jederzeit Medikamente ablehnen. Die Senioren-Union warnt eindringlich davor, ökonomische Überlegungen über ethische Grundsätze zu stellen. Ein solidarisches Gesundheitssystem zeichnet sich gerade dadurch aus, dass es Schwächere und Hochbetagte schützt, anstatt ihnen Behandlungen zu verwehren. Die Diskussion über Effizienz im Gesundheitswesen sei notwendig, dürfe jedoch nicht zu einer Relativierung des Lebensrechts alter Menschen führen.

„Medizinische Entscheidungen gehören in die Hände von Ärztinnen und Ärzten – nicht in die von Kostenträgern oder Politikern, die nach Einsparmöglichkeiten suchen“, so Hüppe weiter.

Die Senioren-Union fordert, den Respekt vor der Würde jedes einzelnen Menschen – unabhängig von seinem Alter oder Gesundheitszustand – zur Leitlinie aller politischen Entscheidungen im Gesundheitswesen zu machen.

Berlin, 14. November 2025